

## **Verordnung**

Inkrafttreten:

01.01.2004

*vom 1. Dezember 2003*

## **über die auf Strassen beförderten gefährlichen Güter**

---

### *Der Staatsrat des Kantons Freiburg*

gestützt auf die Bundesverordnung vom 29. November 2002 über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse;

gestützt auf die Bundesverordnung vom 15. Juni 2001 über Gefahrgutbeauftragte für die Beförderung gefährlicher Güter auf Strasse, Schiene und Gewässern (Gefahrgutbeauftragtenverordnung);

auf Antrag der Sicherheits- und Justizdirektion und der Volkswirtschaftsdirektion,

*beschliesst:*

### **Art. 1**      Gegenstand

Diese Verordnung bezeichnet die für den Vollzug der Bundesgesetzgebung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse und über die Gefahrgutbeauftragten zuständigen Behörden.

### **Art. 2**      Kantonspolizei

<sup>1</sup> Die Kantonspolizei ist die zuständige Behörde, um auf den Strassen die Bundesverordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse zu vollziehen.

<sup>2</sup> Sie erteilt die Bewilligungen für den Werkverkehr auf öffentlichen Strassen.

<sup>3</sup> Sie delegiert den interessierten Verbänden die Organisation der Ausbildung der Fahrzeugführer und anerkennt die von diesen Verbänden ausgestellten Ausbildungsbescheinigungen.

### **Art. 3**      Amt für den Arbeitsmarkt

<sup>1</sup> Das Amt für den Arbeitsmarkt ist die zuständige Behörde für den Vollzug der Gefahrgutbeauftragtenverordnung.

<sup>2</sup> Es ist zuständig für die Durchführung der Kontrollen bei den Absendern, den Beförderern und den Empfängern gemäss den Bestimmungen der Bundesverordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse.

<sup>3</sup> Es kann die Hilfe der Kantonspolizei anfordern.

**Art. 4**      Kantonales Laboratorium

Das Amt für den Arbeitsmarkt und die Kantonspolizei können die Mitwirkung des Kantonalen Laboratoriums anfordern, wenn die Beförderung Gifte im Sinne der Bundesgesetzgebung über Gifte betrifft.

**Art. 5**      Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt

Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt übt alle Aufgaben aus, die die Bundesgesetzgebung der Zulassungsbehörde oder der Fahrzeugkontrollbehörde überträgt.

**Art. 6**      Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

Der Präsident:

C. LÄSSER

Der Kanzler:

R. AEBISCHER